

ESV ERICH
SCHMIDT
VERLAG

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
ESV.info/978-3-503-18286-2

Gedrucktes Werk: ISBN 978-3-503-18277-0
eBook: ISBN 978-3-503-18286-2

Alle Rechte vorbehalten
© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2019
www.ESV.info

Ergeben sich zwischen der Version dieses eBooks
und dem gedruckten Werk Abweichungen,
ist der Inhalt des gedruckten Werkes verbindlich.

Satz: L101 Mediengestaltung, Fürstenwalde

Familienrecht heute

Scheidung und Scheidungsfolgen

Von

Jochen Duderstadt

Fachanwalt für Familienrecht, Notar a. D.,
Göttingen

ERICH SCHMIDT VERLAG

Vorwort

Das gesamte materielle Familienrecht aus einem Guss – dieses Ziel habe ich in vier Büchern zu verwirklichen versucht.

Im vorliegenden Titel geht es um die Scheidung selbst, also die sog. Hauptsache, alsdann um Scheidungsfolgenvergleiche sowie die in den anderen drei Büchern nicht erörterten Folgesachen, nämlich Haushaltsteilung und Schicksal der Ehwohnung. Das Schlusskapitel behandelt die diesbezüglichen Rechtsfolgen nach dem Scheitern einer Nichtehelichen Lebensgemeinschaft.

Grundlage ist eine jahrzehntelange Praxis als Scheidungsanwalt, als Notar und als Dozent an verschiedenen Fortbildungsinstituten. Die ständige Lektüre der Fachzeitschriften, etlicher Monographien, Kommentare, Lehrbücher und anderer Publikationen bildete die dritte Erkenntnisquelle.

Das Buch wurde verfasst von einem Anwalt für Anwälte, aber natürlich auch für andere Juristen, die sich – und wenn auch nur am Rande – mit dem Familienrecht befassen wollen oder müssen. Und selbstverständlich können sich auch unmittelbar betroffene Laien dieses Bandes bedienen, denn er wurde in einer zwar korrekten, aber doch verständlichen Sprache geschrieben. Er dient dazu, dass man darin nachschlägt, wenn man bei der Lösung eines Falles an die Grenzen seines präsenten Wissens gerät.

Die zahlreichen Fußnoten verweisen ganz bewusst vorrangig auf Gerichtsentscheidungen und erst in zweiter Linie auf Abhandlungen in Fachzeitschriften sowie auf Monographien und Kommentare. Denn bei der Lösung eines Falles kommt es in erster Linie auf das an, was die Obergerichte und der BGH entschieden haben.

Die bis Juli 2018 veröffentlichte Rechtsprechung ist eingearbeitet.

In den Berechnungsbeispielen dieses Leitfadens sind die aktuellen unterhaltsrechtlichen Selbstbehalte, die in 2018 gültige Düsseldorfer Tabelle und die aktuellen Leitlinien zugrunde gelegt worden, soweit auf nichts anderes hingewiesen wird.

Göttingen, im Juli 2018

Inhaltsverzeichnis

1 Scheidung	15
1.1 Geschichte des Scheidungsrechts	15
1.1.1 Eheverständnis im Wandel der Zeiten	15
1.1.2 Vom Scheidungsverbot zum Scheidungsrecht	18
1.1.2.1 Vorchristliche Zeit	18
1.1.2.2 Christliches Mittelalter	18
1.1.2.3 Reformation bis Säkularisierung	20
1.1.3 Kurze Geschichte der Scheidungsgründe	21
1.1.4 Der Bankrott des Schuldprinzips vor 1977	23
1.1.5 Zur Lage der Ehe in der Gegenwart	24
1.2 Das Scheitern der Ehe als einziger Scheidungsgrund	28
1.3 Die sofortige Scheidung wegen unzumutbarer Härte	30
1.3.1 Voraussetzungen	30
1.3.2 Wenn keine Härte: Trennungsjahr abwarten?	34
1.4 Die einverständliche Scheidung	34
1.4.1 Heimtrennung	34
1.4.2 Kurzzeitige Versöhnungsversuche	35
1.4.3 Förderung einer Einigung über die notwendigen Folgesachen ..	36
1.4.4 Die Folgesachen	37
1.5 Die streitige Scheidung	39
1.5.1 Die Feststellung des Scheiterns der Ehe	39
1.5.2 Der verfrühte Scheidungsantrag	41
1.5.3 Abtrennung von Folgesachen	45
1.6 Die Scheidung nach dreijähriger Trennung	47
1.7 Die Härteklauseln	48
1.7.1 Die Kinderschutzklausel	48
1.7.2 Die Ehegatten-Härteklausele	50
1.8 Eheaufhebung	51
1.9 Demenz und Tod	55
1.10 Rechtskraft und Rechtsmittel	56
1.11 Zuständigkeitsfragen	57
2 Eheverträge und Scheidungsfolgenvergleiche	59
2.1 Inhaltskontrolle	59
2.1.1 Unterhaltsverträge	59
2.1.1.1 Verzicht auf Kindesunterhalt	59
2.1.1.2 Verzicht auf Trennungsunterhalt	60
2.1.1.3 Verzicht und Verpflichtung zulasten der Sozialverwal-	60
tung	60
2.1.1.4 Sittenwidrige Ausnutzung sozialer oder wirtschaft-	61
licher Unterlegenheit	61
2.1.1.5 Sittenwidrigkeit von Leistungsversprechen	63
2.1.1.6 Spezialproblem: Sittenwidrigkeit beim Betreuungs-	64
unterhalt (Kernbereichslehre)	64
2.1.1.7 Prozessuales	68

2.1.2	Versorgungsausgleich	69
2.1.2.1	Vereinbarungen über die Ausgestaltung des VA	69
2.1.2.2	Vereinbarungen über den Ausschluss	70
2.1.3	Zugewinnausgleich	72
2.1.3.1	Grundsatz	72
2.1.3.2	Güterstandsschaukel	72
2.1.3.3	Paketlösungen	74
2.2	Globalverzicht	75
2.2.1	Voraussetzungen des wirksamen Globalverzichts	75
2.2.2	Teilnichtigkeit?	76
2.2.3	Sonstige Verträge	77
2.3	Ausübungskontrolle	78
2.3.1	Unterhalt	78
2.3.2	Versorgungsausgleich	80
2.3.3	Zugewinnausgleich	81
2.4	Epilog: Ehelicher Sex gegen Befriedigung kulturellen Sonderbedarfs ...	81
3	Die Ehwohnung	85
3.1	Die Mietwohnung nach der Trennung	86
3.1.1	Regelfall: Der Trennungswillige zieht aus	86
3.1.2	Ausnahme: Wohnungszuweisung an den Trennungswilligen ...	87
3.1.3	Rechtsstellung der Ehepartner in Bezug auf die gemietete Ehwohnung	89
3.1.3.1	Aufgabe des Mitbesitzes	89
3.1.3.2	Kündigung	90
3.2	Die Mietwohnung nach der Scheidung	92
3.3	Wohneigentum nach der Trennung	93
3.3.1	Nutzungszuweisung an Alleineigentümer	94
3.3.2	Zuweisung an Miteigentümer	95
3.4	Wohneigentum nach der Scheidung	96
3.4.1	Die Reform zum 1.9.2009	96
3.4.2	Nutzungszuweisung an Eigentümer	97
3.4.3	Nutzungszuweisung an Nichteigentümer	98
3.4.4	Nutzungszuweisung an Miteigentümer oder Teilung	99
3.4.5	Zuweisung bei konkurrierenden Rechten der Ehepartner	100
3.5	Zahlungsansprüche des weichenden Partners	100
3.5.1	Gesamtschuldnerausgleich bezüglich der Miete	100
3.5.2	Nutzungsvergütungsanspruch bei Mietwohnungen	101
3.5.3	Vergütungsanspruch des fortgezogenen Partners bei Wohneigentum nach Trennung	102
3.5.3.1	Anspruchsgrundlage bei Härtefällen	102
3.5.3.2	Anspruchsgrundlage bei Nichthärtefällen	103
3.5.3.3	Anspruchshöhe: Freiwillig gewichen der hinausgesetzt?	106
3.5.3.4	Vergütungsrechtliche oder unterhaltsrechtliche Lösung?	107
3.5.4	Miete oder Nutzungsvergütung zugunsten des weichenden Eigentümers nach Scheidung	108

3.6	Aufhebung gemeinsamen Eigentums	109
3.6.1	Verfügungsbeschränkungen vor der Scheidung	109
3.6.2	Verkauf innerhalb der Gemeinschaft	110
3.6.3	Aufteilung des Hauses in Eigentumswohnungen	111
3.6.4	Verkauf an einen Dritten (freihändiger Verkauf)	111
3.6.5	Aufhebungsversteigerung	113
3.6.5.1	Allgemeines	113
3.6.5.2	Versteigerungshindernisse	114
3.6.5.2.1	Vollstreckungsgegenklage wegen § 1365 BGB	115
3.6.5.2.2	Vorübergehende Einstellung	116
3.6.5.2.3	Vollstreckungsschutz	117
3.6.5.3	Das geringste Gebot	118
3.6.5.4	Das Problem der bestehenbleibenden Rechte	120
3.6.5.5	Das Mindestgebot	123
3.6.5.6	Zuschlag, Verteilungstermin und Schicksal des Erlöses	124
4	Hausratsteilung („Haushaltsteilung“)	126
4.1	Die Reform der Hausratsteilung	126
4.1.1	Gesetzliche Neufassung und Konsequenzen	126
4.1.2	Tod der Surrogationsregel	127
4.2	Was ist Hausrat?	127
4.2.1	Die Rolle des Erwerbszeitpunkts	127
4.2.1.1	Voreheliche Anschaffungen	127
4.2.1.2	Anschaffungen nach der Trennung	128
4.2.2	Abgrenzung zum Zugewinn	129
4.2.3	Abgrenzung zu persönlichen und berufsbezogenen Gegenständen	130
4.2.4	Sonderproblem Fahrzeuge	131
4.2.5	Sonderproblem Tiere	132
4.3	Auskunft	133
4.4	Die Verteilung des gemeinsamen Hausrats	134
4.4.1	Die Verteilungsregel und ihr Anwendungsbereich	134
4.4.2	Geschenke	135
4.4.3	Ausgleichszahlung	136
4.4.4	Rüchschaffung	138
4.4.5	Schadensersatz	138
4.5	Vorläufige Zuweisung von Alleineigentum an Hausratsgegenständen ..	139
4.6	Haftung für hausratsbezogene Schulden	140
4.6.1	Innenverhältnis	140
4.6.2	Außenverhältnis	141
4.7	Verjährung und Verwirkung	141
4.8	Verfahren	142
4.8.1	Verfahrensgrundsätze	142
4.8.2	Die vorläufige Hausratsteilung für die Dauer der Trennung	145
4.8.3	Die endgültige Hausratsteilung	146

5	Befangenheit	147
5.1	Ablehnungsvoraussetzungen	147
5.1.1	Befangene Personengruppen	147
5.1.2	Zögerliche Bearbeitung	147
5.1.3	Sonstige Ablehnungsvoraussetzungen	149
5.2	Befangenheit von Sachverständigen	151
5.2.1	Befangenheit bejaht	151
5.2.2	Befangenheit verneint	151
5.3	Verfahren bei Befangenheit	152
5.3.1	Befangenheitsgrund in der Verhandlung	152
5.3.2	Verlust des Ablehnungsrechts	152
5.4	Zuständigkeit bei Befangenheitsanträgen	152
5.4.1	Amtsgericht	152
5.4.2	Landgericht	153
5.4.3	Oberlandesgericht	154
5.4.4	Rechtsbehelfe	154
5.5	Die Alternativen: Beschleunigungsrüge und Entschädigungsrechtsschutz	154
6	Anhang: Trennungsfolgen in der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	156
6.1	Rechtsverhältnisse bei und nach Auflösung der NELE	156
6.1.1	Wohnung und Miete	156
6.1.1.1	Vermieter gegen Mieter und Partner	156
6.1.1.2	Vermieter gegen zwei Mieter	157
6.1.1.3	Mieter gegen Partner(in)	158
6.1.1.4	Mieter(in) gegen Mieter(in)	159
6.1.1.5	Exkurs: Eigentümer gegen Partner	162
6.1.2	Hausrat	163
6.1.2.1	Alleineigentum	163
6.1.2.2	Miteigentum	164
6.1.2.3	Lösungsinstrumente	165
6.1.2.4	Haustiere	166
6.1.3	Exkurs: Tod eines Partners	166
6.1.3.1	Erbrecht	166
6.1.3.2	Gesetzliche Erbfolge	167
6.1.3.3	Testament und Erbvertrag	167
6.1.3.4	Eintritt des Überlebenden in den Mietvertrag	170
6.2	Schadensverhütung durch Vorsorge	171
6.3	Die eingetragene Lebenspartnerschaft und die Ehe für Alle	173
6.3.1	Das Lebenspartnerschaftsgesetz	173
6.3.2	Überführung in die Ehe	173
6.4	Was nicht machbar ist	174
6.4.1	Der Ehe vorbehalten Rechte	174
6.4.2	Vertragliches Treueversprechen	175
6.5	Was gemacht werden sollte	178
6.6	Nachbemerkung	179
	Literaturverzeichnis	181
	Stichwortverzeichnis	183

Familienrecht heute

Kindschaftsrecht

Von

Jochen Duderstadt

Fachanwalt für Familienrecht, Notar a. D.,
Göttingen

ERICH SCHMIDT VERLAG

Vorwort

Das gesamte materielle Familienrecht aus einem Guss – dieses Ziel habe ich mit vier Büchern zu verwirklichen versucht.

Im vorliegenden Titel geht es um das Kindschaftsrecht, schwerpunktmäßig um das Sorge- und Umgangsrecht als Scheidungsfolgen. Außerdem habe ich den Gewaltschutz und zum Schluss das Namensrecht erörtert, weil es überwiegend die Kindesnamen thematisiert.

Grundlage ist eine jahrzehntelange Praxis als Scheidungsanwalt, als Notar und als Dozent an verschiedenen Fortbildungsinstituten. Die ständige Lektüre der Fachzeitschriften, etlicher Monographien, Kommentare, Lehrbücher und anderer Publikationen bildete die dritte Erkenntnisquelle.

Das Buch wurde verfasst von einem Anwalt für Anwälte, aber natürlich auch für andere Juristen, die sich – und wenn auch nur am Rande – mit dem Familienrecht befassen wollen oder müssen. Und selbstverständlich können sich auch unmittelbar betroffene Laien dieses Bandes bedienen, denn er wurde in einer zwar korrekten, aber doch verständlichen Sprache geschrieben. Er dient dazu, dass man darin nachschlägt, wenn man bei der Lösung eines Falles an die Grenzen seines präsenten Wissens gerät.

Die zahlreichen Fußnoten verweisen ganz bewusst vorrangig auf Gerichtsentscheidungen und erst in zweiter Linie auf Abhandlungen in Fachzeitschriften, Monographien und Kommentare. Denn bei der Lösung eines Falles kommt es in erster Linie auf das an, was die Obergerichte und der BGH entschieden haben. Die bis Juli 2018 veröffentlichte Rechtsprechung ist eingearbeitet.

In das Literaturverzeichnis habe ich, wie üblich, die zahllosen aus den Fußnoten ersichtlichen Abhandlungen nicht mit aufgenommen.

Göttingen, im Juli 2018

Inhaltsverzeichnis

1 Elterliche Sorge	17
1.1 Allgemeines	18
1.1.1 Elterliche Sorge – was ist das?	18
1.1.2 Kindschaftsreformgesetz 1998	20
1.1.2.1 Grundzüge	20
1.1.2.2 Väter nichtehelicher Kinder	20
1.1.2.3 Übergangsfälle	25
1.1.2.4 Aufspaltung der elterlichen Sorge	25
1.1.3 Reform 2009 (FamFG)	28
1.1.4 Beistandschaft	29
1.1.5 Exkurs: Religionszugehörigkeit des Kindes	29
1.1.5.1 Religiöse Erziehung	29
1.1.5.2 Religionsmotivierte Körperverletzungen	30
1.2 Die gemeinsame elterliche Sorge	31
1.2.1 Praxis des gemeinsamen Sorgerechts	31
1.2.2 Alleinentscheidungsbefugnis des betreuenden Elternteils in Alltagsfragen	32
1.2.3 Entscheidungsbefugnis in Einzelfragen	34
1.2.4 Typologie des gemeinsamen Sorgerechts	36
1.2.5 Anhörung von Eltern und Kindern	38
1.2.6 Vertretungsbefugnis betr. Kindesunterhalt	39
1.2.6.1 Bei gemeinsamem Sorgerecht und Domizilmodell	39
1.2.6.2 Bei Wechselmodell	40
1.2.6.3 Bei Alleinsorge und Aufenthalt des Kindes beim ande- ren Elternteil	40
1.3 Die Alleinsorge	40
1.3.1 Das Einverständnis von weichendem Elternteil und Kind	41
1.3.2 Gründe für die Alleinsorge	41
1.3.2.1 Regel-Ausnahme-Verhältnis	41
1.3.2.2 Mangelnde Kooperationsfähigkeit der Eltern	41
1.3.2.3 Sonstige Gründe für die Alleinsorge	44
1.3.2.4 Ablehnung der AS-Übertragung durch die Gerichte	45
1.3.3 Der Glaubenskrieg: Alleinsorge oder gemeinsames Sorgerecht ..	46
1.3.4 Inhalt und Umfang des alleinigen Sorgerechts	47
1.3.5 Beiderseitige Sorgerechtsentziehung	48
1.3.6 Jugendamt	48
1.3.7 Sachverständige	49
1.3.8 Anhörung der Kinder	51
1.3.9 Anhörung der Eltern	54
1.4 Kriterien der Alleinsorge bei beiderseitiger Erziehungsfähigkeit	55
1.4.1 Ernstlichkeit des Elternwillens	56
1.4.2 Praktizierte Liebe zum Kind (Elterlichkeit)	56
1.4.3 Bindungen des Kindes an die Eltern	57
1.4.4 Selbstbestimmungsrecht des Kindes	58

1.4.5	Bindungen an die Geschwister	59
1.4.6	Kontinuität	61
1.4.7	Förderung	63
1.4.8	Erziehungsfähigkeit	64
1.4.9	Gesundheitszustand der Eltern	65
1.4.10	Die Lebensverhältnisse	66
1.4.11	Bindungstoleranz	66
1.5	Die mildere Lösung: Übertragung des Aufenthaltsbestimmungsrechts	67
1.5.1	Einzelheiten	68
1.5.2	Der Kindeswille	69
1.5.3	ABR für Teilbereiche	69
1.6	Sorgerechtsänderungen	69
1.6.1	Volljährigkeit	70
1.6.2	Adoption	70
1.6.3	Tod eines Sorgeberechtigten	71
1.6.4	Änderung der Sorgerechtsregelung aus triftigen Gründen	73
1.6.5	Einschränkung und Entziehung des Sorgerechts	75
1.6.5.1	Das rechtliche Instrumentarium	76
1.6.5.2	Das Kind in der Pflegefamilie	77
1.6.5.2.1	Verbleibensanordnung	77
1.6.5.2.2	Adoptionspflege	80
1.6.5.2.3	Der Fall Görgülü	80
1.6.5.3	Aushöhlung der elterlichen Sorge	83
1.6.5.4	Sorgerechtsentziehung als ultima ratio	85
1.6.5.5	Nach dem Entzug der elterlichen Sorge: Wohin damit?	89
1.7	Kindesherausgabe	89
1.7.1	Herausgabe bei Alleinsorge	89
1.7.2	Herausgabe bei gemeinsamer ES?	91
1.7.3	Vollzugsfähige Entscheidung	91
1.8	Prozessrecht	92
1.8.1	Zuständigkeiten	92
1.8.2	Sorgerechtsprozesse	94
1.8.3	Verfahrensbeistandsbestellung	95
1.8.4	Rechtsmittel gegen Hauptsacheentscheidungen	97
1.8.5	Eilverfahren	98
1.8.5.1	Die einstweilige Anordnung	98
1.8.5.2	Sofortige Beschwerde gegen die Eilentscheidung	101
1.9	Zwangsvollstreckung	101
1.10	Kostenfragen in Sorgerechtsverfahren	102
1.10.1	Anwaltsgebühren in Sorgerechtsverfahren	102
1.10.2	Kostenentscheidung	103
1.11	Der Vaterschaftstest	105
1.11.1	Testung gegen den Willen der Mutter	105
1.11.2	Heimliche DNA-Analyse und Vkh	106
1.11.3	Die Reform der Vaterschaftsfeststellung	107
1.12	Epilog: Die Leihmutter	108

2 Umgangsrecht	110
2.1 Allgemeines	110
2.1.1 Exkurs: Das paritätische Wechselmodell	110
2.1.2 Rechtsnatur des Umgangsrechts	113
2.1.2.1 Wohlverhaltensklausel	113
2.1.2.2 Umgangspflicht des nichtbetreuenden Elternteils	114
2.1.3 Der Kreis der Umgangsberechtigten	117
2.1.3.1 Grundsätzliches zur Reform von 1998	117
2.1.3.2 Großeltern und Geschwister	118
2.1.3.3 Soziale und biologische Väter	120
2.1.3.3.2 Biologische Väter	121
2.1.3.4 Biologische Mütter, Tanten und Onkel	122
2.1.4 Regelungsbedürfnis und Regelungstypen	123
2.1.5 Das „kleine Umgangsrecht“: Der Auskunftsanspruch	124
2.2 Einvernehmliche Regelungen	125
2.3 Gerichtliche Entscheidung im Umgangsrechtsstreit	126
2.3.1 Widerstreitende Interessen von Kind und Umgangsberechtigtem	127
2.3.2 Konkrete Ausgestaltung des Umgangsrechts	129
2.3.2.1 Entscheidungsbefugnisse des Umgangsberechtigten	129
2.3.2.2 Ort der Rechtsausübung	130
2.3.2.3 Drittkontakte während der Umgangsausübung	130
2.3.2.4 Dauer, Häufigkeit, Bestimmtheit	131
2.3.2.5 Übernachtung	133
2.3.2.6 Einschränkungen der Holschuld	134
2.3.3 Kosten der Umgangsrechtsausübung	135
2.3.3.1 Familienrechtliche Betrachtung	135
2.3.3.2 Sozialrechtliche Betrachtung	136
2.3.3.3 Steuerrechtliche Betrachtung	138
2.4 Der beschützte Umgang	138
2.5 Ausschluss und Aussetzung im Kindesinteresse	140
2.5.1 Ausschluss im Interesse der Mutter?	141
2.5.2 PAS und PES	144
2.5.3 Das Kindeswohl als Prüfstein	145
2.5.4 Verdacht des sexuellen Missbrauchs	148
2.5.5 Der altersabhängige Stellenwert des Kindeswillens	152
2.5.6 Einzelfälle	154
2.5.6.1 Ausschluss des Umgangsrechts	154
2.5.6.2 Zeitweilige Aussetzung (befristeter Ausschluss) des Umgangsrechts	155
2.5.6.3 Aufrechterhaltung des Umgangsrechts	156
2.5.6.4 Lange Umgangsintervalle	158
2.5.6.5 Wiederanbahnung des Umgangsrechts	158
2.6 Umgangsvereitelung und ihre Folgen	158
2.6.1 Die stumpfen Waffen des Vollstreckungsrechts	159
2.6.1.1 Voraussetzungen für Vorgehen nach § 89 FamFG	159
2.6.1.2 Keine Ordnungsgeldandrohung	160

2.6.1.3	Ordnungsgeldverhängung und Ordnungshaft	161
2.6.1.4	Vollstreckung des Umgangs	162
2.6.1.5	Gewalt gegen UmgangssaboteurInnen	162
2.6.2	Sorgerechtsentziehung wegen Bindungsintoleranz	163
2.6.2.1	Entziehung	164
2.6.2.2	Umgangspflegschaft	165
2.6.2.3	Keine Entziehung	166
2.6.3	Unterhaltsverwirkung	167
2.6.4	Schadensersatz	168
2.6.4.1	Anspruchsgrundlage für materielle Schäden	169
2.6.4.2	Schmerzensgeld	170
2.6.5	Kindesentführungen im Inland	170
2.7	Prozessuales	171
2.7.1	Hauptsacheverfahren	171
2.7.2	Eilverfahren	171
2.7.3	Kostenverteilung in Umgangssachen	172
2.8	Verfahrensverzögerung und ihre Folgen	173
2.8.1	Beschleunigungsgrundsatz	173
2.8.2	Befangenheitsantrag	173
2.8.3	Untätigkeitsbeschwerde	174
2.8.3.1	Rechtsprechung zur Unzulässigkeit der Untätigkeitsbeschwerde	174
2.8.3.2	Rechtsprechung unter der Prämisse der Zulässigkeit	175
2.8.4	Beschleunigungsrüge und -beschwerde	176
2.8.5	Entschädigungsrechtsschutz	177
2.8.6	Zusammenfassung	178
2.9	Exkurs: Umgangsrecht mit Haustieren	178
2.10	Sorge- und Umgangsrecht mit Auslandsbezug	179
2.10.1	Zuständigkeit deutscher Gerichte	179
2.10.2	Materielles Sorgerecht und ordre public	181
2.10.3	Materielles Umgangsrecht	184
2.10.4	Kindesentführung	185
2.10.4.1	Freie Bahn für Inhaberinnen der Alleinsorge	185
2.10.4.2	ABR-Übertragung auf rückkehrwillige Ausländerinnen	186
2.10.4.3	Vorbeugende Schutzmaßnahmen gegen Entführer	187
2.10.4.4	Kindesentführung im internationalen Recht (HKiEntÜ)	190
2.10.4.4.1	Rückgabeverpflichtung	190
2.10.4.4.2	Ausschluss der Rückführungsverpflichtung	192
2.10.4.4.3	Kasuistik	195
2.10.4.4.4	Rückführung und Sorgerecht	197
2.10.4.4.5	Anerkennung ausländischer Entscheidungen	198
2.10.4.4.6	Vollstreckung	198
2.10.4.4.7	Strafrechtliche Aspekte	199
3	Gewaltschutz	200
3.1	Gewaltschutzgesetz	200
3.1.1	Vorsätzliches Handeln	200

3.1.2	Regelungszweck und -inhalt in Wohnungszuweisungsfällen	201
3.2	Regelungszweck außerhalb des Zuweisungskontextes	202
3.2.1	Befristung der Entscheidung	202
3.2.2	Vergleiche	203
3.2.3	Zuständigkeit	203
3.3	Verfahren in Gewaltschutzsachen	203
3.3.1	Einstweilige Anordnung	204
3.3.2	Durchführung der Endentscheidung	205
3.3.3	Zustellung	205
3.3.4	Vollstreckung	205
3.4	Beschwerde	206
3.5	Strafrechtliche Aspekte	206
3.6	Verfahrenskostenhilfe	206
4	Namensrecht	208
4.1	Philosophischer Exkurs	208
4.2	Der Ehe name (Familiennam e)	210
4.2.1	Die Namensoptionen in der Ehe	211
4.2.2	Der Name nach der Scheidung	214
4.2.3	Vereinbarungen über Namensgebung	215
4.3	Ehe name bei Auslandsbezug	215
4.4	Der Name des Kindes	218
4.4.1	Der Vorname	218
4.4.1.1	Zahl der Vornam en	218
4.4.1.2	Aufgegebener Nachname als Kindesvorname	219
4.4.1.3	Gebilligte Vornam en	219
4.4.1.4	Nicht genehmigte Vornam en	221
4.4.1.5	Kombinationsvornam en	222
4.4.1.6	Vornam enänderungen	222
4.4.2	Der Regelfall des Nachnam en	224
4.4.2.1	Besonderheiten bei Auslandsberührung	224
4.4.2.2	Nam enänderung während der Ehe?	225
4.4.3	Kindesname bei Verzicht auf Ehenam en	225
4.4.4	Besonderheiten bei nichtehelichen Kinder	228
4.4.4.1	Nam engebung	228
4.4.4.2	Nam enänderung nach der Trennung der Eltern	229
4.4.5	Nam enänderungen nach der Scheidung	229
4.4.5.1	Scheidungshalbwaisenfälle	230
4.4.5.1.1	Judikatur	230
4.4.5.1.2	Familiengerichtliche Genehmigung	233
4.4.5.2	Stiefvaterfälle	233
4.4.5.2.1	Angleichung an den Stiefvaternam en	233
4.4.5.2.2	Ersetzung der Zustimmung des Vaters	235
4.4.5.2.3	Ersetzungsverfahren	238
4.4.6	Adoption	239
	Literaturverzeichnis	241
	Stichwortverzeichnis	242

Familienrecht heute

Unterhaltsrecht

Von

Jochen Duderstadt

Fachanwalt für Familienrecht, Notar a. D.,
Göttingen

ERICH SCHMIDT VERLAG

Vorwort

Das gesamte materielle Familienrecht aus einem Guss – dieses Ziel habe ich mit vier Büchern zu verwirklichen versucht.

Im vorliegenden Titel geht es um das materielle Unterhaltsrecht in all seinen Facetten.

Grundlage ist eine jahrzehntelange Praxis als Scheidungsanwalt, als Notar und als Dozent an verschiedenen Fortbildungsinstituten. Die fortlaufende Lektüre der Fachzeitschriften, etlicher Monographien, Kommentare, Lehrbücher und anderer Publikationen bildete die dritte Erkenntnisquelle.

Das Buch wurde verfasst von einem Anwalt für Anwälte – aber natürlich auch für andere Juristen, die sich – und wenn auch nur am Rande – mit dem Familienrecht befassen wollen oder müssen. Und selbstverständlich können sich auch unmittelbar betroffene Laien dieses Bandes bedienen, denn er wurde in einer zwar korrekten, aber doch verständlichen Sprache geschrieben. Er dient dazu, dass man darin nachschlägt, wenn man bei der Lösung eines Falles an die Grenzen seines präsenten Wissens gerät.

Die zahlreichen Fußnoten verweisen ganz bewusst vorrangig auf Gerichtsentscheidungen und erst in zweiter Linie auf Abhandlungen in Fachzeitschriften sowie auf Monographien und Kommentare. Denn bei der Lösung eines Falles kommt es in erster Linie auf das an, was die Obergerichte und der BGH entschieden haben. Die bis Juli 2018 veröffentlichte Rechtsprechung ist eingearbeitet.

In das Literaturverzeichnis habe ich die zahllosen, aus den Fußnoten ersichtlichen Abhandlungen nicht mit aufgenommen.

In den Berechnungsbeispielen dieses Leitfadens sind die aktuellen unterhaltsrechtlichen Selbstbehalte, die seit dem 1.1.2018 gültige Düsseldorfer Tabelle nebst den aktuellen Leitlinien (FamRZ 2017, 1906) zugrunde gelegt worden, soweit auf nichts anderes hingewiesen wird.

Göttingen, im Juli 2018

Inhaltsverzeichnis

1 Einkommenslehre	17
1.1 Das Pflichtigen-Einkommen	17
1.1.1 Einkommensarten (alphabetisch geordnet)	17
1.1.2 Mietfreies Wohnen	24
1.1.3 Mischfälle	27
1.1.4 Unterhaltsrechtlich irrelevantes Einkommen	33
1.1.5 Fiktives Einkommen	35
1.1.5.1 Sprung in die Selbständigkeit	36
1.1.5.2 Leichtfertiger Verlust des Arbeitsplatzes	38
1.1.5.2.1 Arbeitnehmerkündigung	38
1.1.5.2.2 Arbeitgeberkündigung	39
1.1.5.2.3 Das Säuerprivileg	40
1.1.5.2.4 Das Diebesprivileg	41
1.1.5.2.5 Strafhaft	41
1.1.5.3 Leichtfertige Einschränkung der Erwerbstätigkeit bzw. des Einkommens	42
1.1.5.4 Mutwillig abgebrochene Ausbildung	44
1.1.5.5 Mutwillig verlängerte Arbeitslosigkeit	44
1.1.5.5.1 Mangelnde Erwerbsbemühungen	45
1.1.5.5.2 Arglistig vereinbarter Hungerlohn	46
1.1.5.5.3 Sprung in das soziale Netz	47
1.1.5.5.4 Berufen auf Nebentätigkeitsverbot	48
1.1.5.6 Mutwilliger Vermögensverzicht	48
1.1.5.7 Hausmannfälle	49
1.1.5.8 Verneinung der Einkommensfiktion	50
1.1.5.8.1 Objektive Aussichtslosigkeit von Erwerbsbemühungen	50
1.1.5.8.2 Sonstige Fälle	51
1.1.5.9 Verschwendung von Vermögen	52
1.1.5.10 Höhe des fiktiven Einkommens	53
1.1.5.11 Beweislast	55
1.1.6 Die Eheprägenden Faktoren	56
1.1.6.1 Eheliche Lebensverhältnisse und ihre prägenden Elemente	56
1.1.6.2 Nichtprägende Einkünfte infolge von Karrieresprung	57
1.1.6.3 Prägende überobligatorische Einkünfte	59
1.1.6.4 Die zeitliche Zäsur	60
1.1.6.5 Kinder als Eheprägender Faktor	62
1.1.7 Einsatz des Vermögensstamms	62
1.2 Abzugsfähige Positionen	63
1.2.1 Berufsbedingte Aufwendungen	64
1.2.2 Aufwendungen für Vermögen	67
1.2.3 Schuldraten	67
1.2.3.1 Grundsätzliches	68

1.2.3.2	Eheprägende Schulden	68
1.2.3.3	Nichtprägende Schulden	69
1.2.3.4	Schuldraten beim Kindesunterhalt	70
1.2.3.5	Schulden auf Familienheim	71
1.2.3.6	Angemessenheit der Schuldraten	72
1.2.3.7	Schulden von Pflichtigen nach § 1615 lit. I BGB	74
1.2.3.8	Obliegenheit zur Privatinsolvenz des Unterhaltspflichtigen	74
1.2.4	Umgangskosten	78
1.2.5	Abzugsfähige Posten bei Selbständigen	79
1.3	Das Eigeneinkommen der Berechtigten	81
1.3.1	Vermögen und Vermögenserträge	82
1.3.2	Renten und sozialstaatliche Leistungen	84
1.3.3	Einkommen aus zumutbarer Arbeit und Ausbildungsvergütung	85
1.3.3.1	Zumutbare Arbeit geschiedener Partner	86
1.3.3.2	Ausbildungsvergütung	87
1.3.4	Sonstiges anrechenbares Einkommen	89
1.3.4.1	Mietfreies Wohnen	89
1.3.4.2	Leistungen von dem oder für den neuen Partner	90
1.3.4.3	Fiktive Einkünfte	94
1.3.4.4	Einkommen aus unzumutbarer Arbeit	97
1.4	Der Einsatz des Vermögensstamms	98
1.4.1	Verwertung des Unterhaltsgläubigervermögens und Schonvermögen	98
1.4.1.1	Minderjährige	98
1.4.1.2	Ehepartner	99
1.4.1.3	Volljährige Kinder	99
1.4.1.4	Eltern	101
1.4.2	Verwertung des Pflichtigenvermögens und Vermögensselbstbehalte	102
1.4.2.1	Verwertung des Pflichtigenvermögens beim Minderjährigenunterhalt	103
1.4.2.2	Verwertung des Schuldnervermögens beim Ehegattenunterhalt	104
1.4.2.3	Die Verwertung des Schuldnervermögens beim Erwachsenenunterhalt	105
1.4.2.3.1	Kasuistik	105
1.4.2.3.2	Grundsätze	110
1.4.2.3.3	Opfergrenze wie bei gesteigerter Unterhaltspflicht?	114
1.4.2.3.4	Kriterien der gesteigerten Unterhaltspflicht ..	115
1.4.3	Ergebnis	118
1.5	Der Auskunftsanspruch	118
1.5.1	Gegenstand und Inhalt des Auskunftsanspruchs	119
1.5.2	Auskunft und Belegvorlage	119
1.5.3	Eidesstattliche Versicherung	120
1.5.4	Abhängig Beschäftigte	120

1.5.5	Selbständige	121
1.5.6	Wartezeit	123
1.5.7	Vermögensauskunft	123
1.5.8	Ausnahmen vom Auskunftsanspruch	124
1.5.9	Schätzung bei unzureichenden Auskünften	125
1.5.10	Verfahrensrechtliche Auskunftsspflicht	125
1.5.11	Auskunftsantrag	126
1.5.12	Stufenantrag	127
1.5.13	Offenbarungspflicht und Rückforderung von Überzahlungen ...	130
2	Minderjähriges Kind gegen Eltern	132
2.1	Düsseldorfer Tabelle und Eingruppierungsprobleme	132
2.2	Kindergeld	133
2.3	Das Rangfolgesystem	134
2.4	Natural- und Barunterhalt (Gleichwertigkeitsregel)	134
2.4.1	Mütter in Zweitbeziehungen	136
2.4.2	Zweitjob für Männer?	140
2.5	Wechselmodell	141
2.5.1	Grundsätzliches	142
2.5.2	Berechnungsbeispiel	142
2.5.3	BGH-Rechtsprechung und andere Lösungen	143
2.5.4	Das nichtparitätische Wechselmodell	145
2.5.5	Prozessuales	146
2.5.6	Sozialrechtliche Implikationen	146
2.6	Sonderbedarf bei Kindern	146
2.7	Mehrbedarf bei Kindern	149
2.8	Verwirkung des Minderjährigenunterhalts	154
2.9	Vereinfachtes Verfahren	154
2.9.1	Dynamisierte Unterhaltstitel	154
2.9.2	Unzulässigkeit des vereinfachten Verfahrens	156
2.9.3	Kindesunterhaltsgesetz	156
2.10	Nichteheliche Kinder	157
3	Minderjähriges Kind gegen Großeltern	159
3.1	Voraussetzungen der Ersatzhaftung	159
3.2	Die maßgebliche Verteilungsmasse	160
3.2.1	Der Selbstbehalt von Vater und Mutter	160
3.2.2	Großelterliche Ersatzhaftung	164
3.3	Exkurs zur Absurdität der Anteilshaftung von vier Großeltern	165
3.3.1	Sachverhalt	166
3.3.2	Lösung	168
3.4	Spitzenbetragsersatzhaftung	177
3.5	Selbstbehalt	177
4	Volljähriges Kind gegen Eltern	178
4.1	Anteilhaftung und Deckelung	180
4.2	Abitur-Studium-Fälle	183

4.3	Abitur-Lehre-Studium-Fälle	186
4.4	Schule nach Lehre	189
4.5	Problematik der Zweitausbildung	191
4.6	Unterhalt bei Müßiggang	193
4.7	Einkünfte aus unzumutbarer Arbeit des VK	195
4.8	Kranke Kinder	197
4.9	Verwirkung des Volljährigenunterhalts	198
4.9.1	Lebensführungsbedingte Verwirkung	198
4.9.2	Verhaltensbedingte Verwirkung	199
4.9.2.1	Kontaktverweigerung	199
4.9.2.2	Beleidigungen u. ä.	202
4.9.2.3	Vermögensdelikte	203
5	Elternunterhalt	204
5.1	Unterhaltsrelevantes Einkommen des Pflichtigen	204
5.1.1	Berücksichtigung von Altersvorsorgemaßnahmen	204
5.1.2	Darlehensraten	206
5.2	Bedarf und Eigeneinkommen des Bedürftigen	207
5.3	Das Schonvermögen	209
5.4	Berechnung des Elternunterhalts in der akt. Rspr.	211
5.5	Unterhaltungspflicht von nicht- oder wenigverdienenden Ehefrauen	214
5.6	Anteilige Haftung mehrerer Pflichtiger	216
5.7	Verwirkung des Elternunterhalts	217
5.7.1	Sittliches Verschulden	217
5.7.2	Unterhaltungspflichtverletzung	218
5.7.3	Schwere Verfehlung	219
5.7.4	Ausblick	219
6	Trennungunterhalt	220
6.1	Generelle Unterhaltungspflicht	221
6.2	Ausnahmen: Erwerbsobliegenheit und Verwirkung	223
6.3	Verteilungsregeln	225
6.4	Zeitliche Begrenzung	226
7	Nachscheidungsunterhalt	227
7.1	Betreuungsunterhalt und Tod des Altersphasenmodells (§ 1570)	227
7.1.1	Kindbezogene Gründe	229
7.1.2	Elternbezogene Gründe	230
7.2	Altersunterhalt (§ 1571)	231
7.2.1	Allgemeines	231
7.2.2	Befristung	232
7.3	Krankheitsunterhalt (§ 1572)	232
7.3.1	Grundsätzliches	232
7.3.2	Befristung (Judikatur zum Zeitunterhalt)	235
7.3.3	Abschmelzung auf den angemessenen Bedarf	237
7.3.4	Dauerhafter Krankheitsunterhalt	238
7.4	Unterhalt wegen Arbeitslosigkeit (§§ 1573 I, 1574)	239

7.5	Ausbildungsunterhalt (§ 1575)	240
7.6	Billigkeitsunterhalt (§ 1576)	241
7.7	Aufstockungsunterhalt (§§ 1573 II, 1577) und Anspruchsspaltung	242
7.7.1	Allgemeines	242
7.7.2	Anspruchsspaltung	243
7.7.3	Befristung	244
7.7.4	Kürzung (Herabsetzung):	246
7.7.5	Keine Befristung oder Kürzung:	246
7.8	Übersicht zur Begrenzung von Unterhaltsansprüchen	248
7.9	Weitere Bedarfsarten	249
7.9.1	Sonderbedarf bei Ehepartnern	249
7.9.2	Mehrbedarf bei Ehepartnern	252
7.9.3	Krankenversicherung und Pflegeversicherung	254
7.9.4	Altersvorsorgeunterhalt	257
7.10	Verteilungsregeln	260
7.10.1	Geringfügigkeitsvorbehalt	260
7.10.2	Anrechnungsmethode	261
7.10.3	Komplettierungsmethode	263
7.10.4	Sättigungsgrenze und konkrete Bedarfsermittlung	264
7.10.5	Konkrete Bedarfsermittlung bei unklarem Pflichtigen- einkommen	269
7.11	Spezialproblem: Zwei auf der Leistungsebene gleichrangige Frauen ...	269
7.12	Mangelfälle und Selbstbehalte	272
8	Verwirkung des Ehegattenunterhalts	276
8.1	Allgemeine Verwirkung (Zeit- und Umstandsmoment) und Verjährung	276
8.1.1	Titulierte Ansprüche	277
8.1.2	Anhängige Ansprüche	279
8.1.3	Vorprozessual geltend gemachte Ansprüche	279
8.1.4	Bezugszeitraum der Verwirkung	280
8.2	Verwirkung des Ehegattenunterhalts nach der negativen Härteklausele	281
8.2.1	Kurze Ehedauer	282
8.2.2	Verfestigte Lebensgemeinschaft	283
8.2.3	Straftaten gegen den Pflichtigen	287
8.2.4	Mutwillige Bedürftigkeitserzeugung	290
8.2.5	Missachtung gegnerischer Vermögensinteressen	292
8.2.6	Missachtung familiärer Pflichten	293
8.2.7	Einseitiges schweres Fehlverhalten (incl. Beweislast)	293
8.2.7.1	Beleidigungen pp.	294
8.2.7.2	Häufige eheliche Untreue	294
8.2.7.3	Zweites Verhältnis	295
8.2.7.4	Umgangsvereitelung	296
8.2.7.5	Unterschieben eines Kindes	297
8.2.7.6	Einzelfälle	297
8.2.8	Auffangtatbestand	298
8.2.8.1	Verminderte Schuldfähigkeit	298
8.2.8.2	Kleine Schabigkeiten	299

8.2.8.3	Objektive Unzumutbarkeit	299
8.2.8.4	Sonstiges	300
8.2.9	Zusammenfassung	300
8.3	Wiederaufleben verwirkter Unterhaltsansprüche	301
9	Mutter eines nichtehelichen Kindes gegen Vater	304
9.1	Ausgangslage	304
9.2	Anspruchsvoraussetzungen des Geburtsunterhalts	304
9.3	Anspruchsdauer	306
9.4	Anspruchshöhe	309
9.5	Konkurrenz zum Trennungs- und Nachscheidungsunterhalt	311
9.6	Ersatzhaftung	314
9.7	Sonderbedarf	315
9.8	Rangstelle und Selbstbehalt	315
10	Vaterschaft und Scheinvaterregress	316
10.1	Missbräuchliche Vaterschaftsanerkennung	316
10.2	Vaterschaftsanfechtung durch den biologischen Vater	316
10.3	Vaterschaftsanfechtung durch Kind, Mutter und Putativvater	317
10.4	Vaterschaftsanfechtung durch den Ehemann	318
10.4.1	DNA-Analyse gegen den Willen der Mutter	318
10.4.2	Vaterschaftsklärung	319
10.4.3	Heimliche DNA-Analyse im Vkh-Kontext	321
10.4.4	Prozessuales	322
10.5	Der Scheinvaterregress	323
10.5.1	Anspruchsumfang	323
10.5.2	Der Reformentwurf	325
10.6	Auskunftsansprüche	326
10.6.1	Auskunftsanspruch des Kindes gegen Mutter und Vater	327
10.6.2	Auskunftsanspruch des Scheinvaters gegen die Mutter	328
10.6.3	Auskunftsanspruch des Scheinvaters gegen das Kind	328
10.6.4	Auskunftsanspruch des Scheinvaters gegen die Mutter als Vertreterin des Kindes	328
10.6.5	Auskunftsanspruch des Scheinvaters gegen den vermuteten Vater?	328
10.6.6	Anspruch der Mutter auf Auskunft über Identität des Vaters ...	329
	Literaturverzeichnis	330
	Stichwortverzeichnis	332

Familienrecht heute

Vermögensrecht

Von

Jochen Duderstadt

Fachanwalt für Familienrecht, Notar a. D.,
Göttingen

ERICH SCHMIDT VERLAG

Vorwort

Das gesamte materielle Familienrecht aus einem Guss – dieses Ziel habe ich mit vier Büchern zu verwirklichen versucht.

Im vorliegenden Titel geht es um das Vermögensrecht im weiteren Sinne, also nicht nur um den Zugewinnausgleich, der naturgemäß den breitesten Raum einnimmt, sondern auch um die Behandlung des Gesamtschuldnerausgleichs, um den Versorgungsausgleich, dessen Funktionsäquivalenz mit dem Zugewinnausgleich von der Rechtsprechung betont wird, und schließlich um die Anwaltskosten, hier unter besonderer Berücksichtigung der Verfahrenskostenhilfe.

Grundlage ist eine jahrzehntelange Praxis als Scheidungsanwalt, als Notar und als Dozent an verschiedenen Fortbildungsinstituten. Die ständige Lektüre der Fachzeitschriften, etlicher Monographien, Kommentare, Lehrbücher und anderer Publikationen bildete die dritte Erkenntnisquelle.

Das Buch wurde verfasst von einem Anwalt für Anwälte – aber natürlich auch für andere Juristen, die sich – und wenn auch nur am Rande – mit dem Familienrecht befassen wollen oder müssen. Und selbstverständlich können sich auch unmittelbar betroffene Laien dieses Bandes bedienen, denn er wurde in einer zwar korrekten, aber doch verständlichen Sprache geschrieben. Er dient dazu, dass man darin nachschlägt, wenn man bei der Lösung eines Falles an die Grenzen seines präsenten Wissens gerät.

Die zahlreichen Fußnoten verweisen ganz bewusst vorrangig auf Gerichtsentscheidungen und erst in zweiter Linie auf Abhandlungen in Fachzeitschriften sowie auf Monographien und Kommentare. Denn bei der Lösung eines Falles kommt es in erster Linie auf das an, was die Obergerichte und der BGH entschieden haben. Die bis Juli 2018 veröffentlichte Rechtsprechung ist eingearbeitet.

In das Literaturverzeichnis habe ich die zahllosen, aus den Fußnoten ersichtlichen Abhandlungen nicht mit aufgenommen.

Göttingen, im Juli 2018

Inhaltsverzeichnis

1	Zugewinnausgleich	19
1.1	Die Güterstände	19
1.1.1	Zugewinnngemeinschaft als gesetzlicher Güterstand	19
1.1.1.1	Rechtsnatur	20
1.1.1.2	Verfügungsbeschränkungen	20
1.1.1.3	Schlüsselgewalt	23
1.1.2	Die Wahlgüterstände	24
1.1.2.1	Optionen	24
1.1.2.2	Gütertrennung	25
1.1.2.3	Gütergemeinschaft	27
1.1.2.4	Errungenschaftsgemeinschaft	28
1.1.3	Der DDR-Güterstand nach der Wiedervereinigung	29
1.2	Das Anfangsvermögen	31
1.2.1	Saldo am Tage der Hochzeit	31
1.2.2	Privilegiertes Anfangsvermögen	33
1.2.2.1	Ansprüche aus dem Erbrecht	33
1.2.2.2	Spezialproblem: Nutzungsrechte des Übergebers	34
1.2.2.3	Schenkungen und unbenannte Zuwendungen	35
1.2.2.3.1	Schenkungen Dritter	36
1.2.2.3.2	Unbenannte Zuwendungen	38
1.2.2.4	Schenkungsverzicht	40
1.2.2.5	Widerruf ehebedingter Zuwendungen	43
1.2.2.5.1	Anspruchsgrundlage: Wegfall der Geschäftsgrundlage	43
1.2.2.5.2	Beeinflussung des Zugewinnausgleichs durch die schuldrechtliche Lösung	46
1.2.2.5.3	Abschlag für Zweckerreichung?	48
1.2.2.5.4	Prozessuales Vorgehen	48
1.2.2.5.5	Steuerrecht	50
1.2.2.6	Zuwendungen von Schwiegereltern	50
1.2.2.6.1	Rückabwicklung wegen Wegfall der Geschäftsgrundlage	51
1.2.2.6.1.1	Materielle Zuwendungen	51
1.2.2.6.1.2	Arbeitsleistungen (familienrechtlicher Kooperationsvertrag)	53
1.2.2.6.2	Widerruf wegen grobem Undank	54
1.2.2.7	Zuwendungen an Schwiegereltern	54
1.2.2.8	Anspruch aus Innengesellschaft	55
1.2.3	Sonstige Anfangsvermögensbestandteile	56
1.3	Das Endvermögen	56
1.3.1	Aktivvermögen	57
1.3.1.1	Vorhandenes Endvermögen	57
1.3.1.2	Spezialproblem Bankkonten	59
1.3.1.2.1	Sparkonten auf den Namen von Kindern	59

	1.3.1.2.2	Sparkonto eines Ehepartners	60
	1.3.1.2.3	Vorrangige Ausgleichansprüche wegen un- rechtigter Verfügungen	60
	1.3.1.2.4	Und-Konten und Oder-Konten	61
	1.3.1.3	Zurechnungen wegen illoyaler Vermögensminderungen	61
	1.3.1.4	Gemeinsames Endvermögen	63
1.3.2		Alleinschulden und gesamtschuldnerische Verbindlichkeiten ..	64
	1.3.2.1	Verbot der Doppelverwertung	65
	1.3.2.2	Fehlende Kongruenz von Eigentümer- und Schuldner- eigenschaft.....	67
	1.3.3	Steuerschulden	68
	1.3.4	Forderungen der Eheleute untereinander	70
1.4		Die Bewertung des Vermögens	72
	1.4.1	Die Bewertungsmethoden	72
	1.4.1.1	Allgemeine Wertbegriffe und Bewertungsgrundsätze ..	72
	1.4.1.2	Grundstücke	73
	1.4.1.3	Land- und forstwirtschaftliche Betriebe	74
	1.4.1.4	Gewerbebetriebe und ihr Goodwill	74
	1.4.1.4.1	Wertermittlung bei Gewerbebetrieben	75
	1.4.1.4.2	Goodwill	75
	1.4.1.4.3	Bewertung des Goodwill	78
	1.4.1.5	Leasing	80
	1.4.1.6	Nießbrauch, Wohnungsrecht und verwandte Rechte ...	81
	1.4.2	Hochrechnung des Anfangsvermögens mit Indexzahlen	83
	1.4.3	Berechnung des Endvermögens	85
1.5		Der Auskunftsanspruch	86
	1.5.1	Auskunft über das Anfangsvermögen	87
	1.5.2	Anfangsvermögensverzeichnis	87
	1.5.3	Unterrichtungsanspruch.....	88
	1.5.4	Auskunft über Trennungvermögen	88
	1.5.5	Auskunft über das Endvermögen	89
	1.5.5.1	Art der Auskunftserteilung und der Belegvorlage	90
	1.5.5.2	Eidesstattliche Erklärung	91
	1.5.5.3	Inhalt der Auskunft	92
	1.5.5.4	Wertangaben und Wertermittlungsanspruch	94
	1.5.5.5	Einschränkungen der Auskunftspflicht	94
	1.5.5.6	Auskunft über illoyale Minderungen	96
	1.5.5.7	Kosten der Auskunft	97
1.6		Der Ausgleich	98
	1.6.1	Fälligkeit und Zinsen	98
	1.6.2	Erfüllung	100
	1.6.3	Anrechnung von Vorausempfängen	100
	1.6.4	Begrenzung der Zugewinnausgleichsforderung (Kappungs- grenze)	103
	1.6.5	Erweiterung des Anspruchs.....	104
1.7		Stundung, Herabsetzung und Wegfall des Zugewinnausgleichsan- spruchs	106

1.7.1	Die Billigkeitsklausel	106
1.7.1.1	Vermögensbezogenes Fehlverhalten	107
1.7.1.2	Persönliches Fehlverhalten	107
1.7.1.3	Sinnverfehlung	108
1.7.2	Stundung der Ausgleichsforderung	110
1.8	Ansprüche gegen Dritte	111
1.9	Vorzeitige Beendigung des gesetzlichen Güterstandes	113
1.9.1	Vorzeitiger Zugewinnausgleich und Arrest	113
1.9.2	Vorzeitige Aufhebung der Zugewinnngemeinschaft	117
1.9.3	Berechnungszeitpunkt des Zugewinns bei vorzeitigem Ausgleich oder vorzeitiger Aufhebung	118
1.9.4	Eintritt der Gütertrennung	118
1.9.5	Aufhebung des § 1389 BGB	118
2	Vermögensrecht in der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	120
2.1	Rückforderung erbrachter Leistungen	120
2.1.1	Rückforderung laufender Leistungen	120
2.1.2	Schenkungsverzicht	123
2.1.3	Widerruf gemeinschaftsbezogener Zuwendungen	124
2.2	Vermögensausgleich	126
2.2.1	Zugewinnausgleich im Eherecht	126
2.2.2	Vermögensausgleich nach Scheitern der NELE	127
2.2.3	Ausgleichsforderungen bei einzelnen Vermögensgegenständen	129
2.2.3.1	Pilotfall	130
2.2.3.2	Anspruchsgrundlage	130
2.2.3.3	Anspruchsinhalt und Einzelfälle	131
2.2.4	Ansprüche gegen Eltern eines Partners	134
2.3	Kredite und kreditbelastete Vermögensgegenstände	135
2.3.1	Rechtslage in der Ehe	135
2.3.2	Kein Schuldenausgleich nach Ende der NELE	137
2.3.3	Kreditverpflichtungen auf Vermögen des Partners	138
2.3.4	Gesamtschuldnerausgleich (gemeinsame Kreditverpflichtungen)	139
3	Der „negative Zugewinnausgleich“	143
3.1	Alleinschulden	143
3.1.1	Der Grundsatz	143
3.1.2	Ausnahmen	144
3.1.3	Auswirkungen im Unterhalts- und Zugewinnausgleichsrecht	144
3.2	Grundsätze der Haftung für gemeinsame Verbindlichkeiten	144
3.2.1	Innen- und Außenverhältnis bei gesamtschuldnerischer Haftung	145
3.2.2	Der Halbteilungsgrundsatz beim Gesamtschuldnerausgleich	145
3.2.3	Rechtslage während der ehelichen Lebensgemeinschaft	146
3.2.4	Rechtslage nach Trennung und Scheidung	146
3.2.5	Der Schuldverlass und seine Wirkungen im Innenverhältnis	148
3.3	Gesamtschuldnerausgleich bei gemeinsamen Vermögensbelastungen	148

3.3.1	Zur Terminologie	148
3.3.2	Familienheime und Unterhaltsrecht	149
3.3.3	Unterhaltsrechtliche Beeinflussung des Gesamtschuldnerausgleichs	151
3.3.4	Gesamtschuldnerausgleich ohne unterhaltsrechtliche Beeinflussung	151
3.3.5	Der Freistellungsanspruch	153
3.3.6	Exkurs: Die Anschlussfinanzierung	153
3.3.7	Gesamtschuldnerausgleich in der Innengesellschaft	154
3.4	Gesamtschuldnerausgleich bei gemeinsamen Schulden	155
3.4.1	Vorfrage: Wegfall der Haftung im Außenverhältnis?	155
3.4.1.1	Der Interessenkonflikt in der BGH-Rechtsprechung	155
3.4.1.2	Die verfestigte Rechtsprechung des BGH	157
3.4.1.3	Fälle der Fortdauer der Haftung der Frau	158
3.4.2	Der Halbteilungsgrundsatz und seine Ausnahmen	159
3.4.2.1	Abweichende Vereinbarung	160
3.4.2.2	Treu und Glauben	160
3.4.2.3	Natur der Sache	161
3.4.2.4	Regelfall	161
3.4.2.5	Unterhaltsverzicht	162
3.4.3	Unterhaltsrechtliche Überlagerungen	163
3.4.4	Sonderproblem Steuerschulden (Innenverhältnis)	166
3.5	Rechtstechnische Abwicklung des Gesamtschuldnerausgleichs	167
4	Versorgungsausgleich	169
4.1	Grundzüge	169
4.2	Ausgleichs- und Kapitalwert	170
4.3	Interne und externe Teilung	172
4.4	Zielversorgung	174
4.5	Geringfügigkeitsvorbehalte	174
4.5.1	Überblick	174
4.5.2	Vorrang der Ausgleichswertdifferenz	175
4.5.3	Ein großes, viele kleine Anrechte	176
4.6	Zeitliche, sachliche und rechnerische Konturen	177
4.7	Auskünfte	179
4.7.1	Auszufüllende Formulare und Auskunftspflicht der Eheleute ...	179
4.7.1.1	Der Fragebogen	179
4.7.1.2	Sonstige Formulare	179
4.7.1.3	Auskunftserzwingung	179
4.7.1.4	Rechtsfolgen unvollständiger Auskünfte	180
4.7.2	Auskunftserteilung durch Rentenversicherungsträger	181
4.8	Anwartschaften aus der gesetzlichen Rentenversicherung	182
4.8.1	Entgeltpunkte	183
4.8.1.1	Beitragszeiten	183
4.8.1.2	Beitragsfreie Zeiten	183
4.8.1.3	Berücksichtigungszeiten	184
4.8.2	Rentenartfaktor	184

4.8.3	Aktueller Rentenwert	184
4.9	Beamtenversorgung	185
4.10	Sonstige Versorgungsträger	186
4.10.1	Lebensversicherungen	186
4.10.2	Betriebliche Altersversorgung	187
4.10.3	Berufsständische Versicherungen	187
4.10.4	Fondsgebundene Versicherungen	188
4.10.5	Teilungskosten	189
4.11	Ausgleich nach der Scheidung (schuldrechtlicher VA)	190
4.11.1	Voraussetzungen	190
4.11.2	Durchführung	191
4.11.3	Abtretung	191
4.11.4	Steuerliche Aspekte	192
4.11.5	Tod des Berechtigten	192
4.11.6	Tod des Pflichtigen (verlängerter schuldrechtlicher VA)	193
4.12	Ausschluss des Versorgungsausgleichs	193
4.12.1	Der Berechtigte braucht nichts	194
4.12.2	Der Pflichtige ist arm	196
4.12.3	Ehepartner hat den Boden für künftige Anrechte bereitet	196
4.12.4	Überobligationsmäßige Anstrengungen eines Partners	197
4.12.5	Krasses Fehlverhalten	198
4.12.6	Leichtfertige Sorglosigkeit und Schlamperei	200
4.12.7	Lange Trennungsdauer (Sinnverfehlung)	200
4.12.8	Tückisches Verhalten	202
4.12.9	Unterhaltspflichtverletzung	202
4.13	Anpassung wegen Unterhaltszahlungen (Unterhaltsprivileg)	203
4.14	Vereinbarungen über die Ausgestaltung des VA	205
4.15	VA mit Auslandsbezug	207
4.15.1	Zuständigkeit deutscher Gerichte	207
4.15.2	Wo ist beim VA materielles deutsches Recht anwendbar?	207
4.15.3	Einbeziehung ausländischer Anwartschaften bei Anwendung deutschen Scheidungsrechts	210
4.15.4	VA bei Anwendung ausländischen materiellen Scheidungs- rechts	211
4.16	DDR-Fälle	212
5	Gebühren und Werte im Familienrecht	214
5.1	Rechtsschutzversicherung	215
5.2	Verfahrenskostenhilfe	215
5.2.1	Die Verfahrenskostenarmut	216
5.2.1.1	Wessen Armut?	217
5.2.1.2	Antragsformular und Belege	218
5.2.1.3	Einsatz des Einkommens	220
5.2.1.3.1	Reales Einkommen	220
5.2.1.3.2	Fiktives Einkommen	221
5.2.1.4	Einsatz des Vermögens	222

5.2.1.4.1	Vermögen, Grundvermögen und Schonvermögen	223
5.2.1.4.2	Spezialproblem Bausparverträge	226
5.2.1.4.3	Spezialproblem Lebensversicherungen	226
5.2.1.4.4	Beleihung von Vermögen	228
5.2.1.4.5	Fiktives Vermögen	229
5.2.1.5	Einkommenserhöhung oder Vermögenszufluss nach Vkh-Gewährung	230
5.2.1.5.1	Voraussetzung für Nachzahlungsanordnung ..	232
5.2.1.5.2	Ratenanordnung und Ratenerhöhung	232
5.2.1.6	Abzugsfähige Positionen (incl. Schuldzinsen)	233
5.2.1.6.1	Unterkunftskosten	233
5.2.1.6.2	Unterhaltslasten	234
5.2.1.6.3	Kreditkosten, Fahrtkosten und andere Belastungen	234
5.2.2	Hinreichende Erfolgsaussicht und Mutwilligkeit	235
5.2.2.1	Mangelnde Erfolgsaussicht	236
5.2.2.2	Mutwilligkeit	237
5.2.3	Pflichten des Gerichts	240
5.2.4	Vkh für Folgesachen außerhalb des Scheidungsverbundes	241
5.2.5	Speziell: Vkh im Unterhaltsprozess (incl. Stufenklage)	242
5.2.6	Verfahrenskostenhilfe und Beiordnung in Kindschaftssachen ..	243
5.2.6.1	Waffengleichheit	244
5.2.6.2	Unbeholfenheit des Mandanten	244
5.2.6.3	Schwierigkeit der Sach- und Rechtslage	245
5.2.6.4	Anrufung des Jugendamts	245
5.2.6.5	Kostensparende Prozessführung	246
5.2.6.6	Sonstiges	247
5.2.7	Sachlicher Umfang der Vkh im Scheidungsverbund	247
5.2.7.1	Hauptsache und Versorgungsausgleich	248
5.2.7.2	Vergleiche	248
5.2.7.3	Nicht notwendige Folgesachen	250
5.2.7.4	Abgetrennte Folgesachen	251
5.2.7.5	Anwaltswechsel	251
5.2.7.5.1	Mandant kündigt ohne triftigen Grund	251
5.2.7.5.2	Mandant kündigt aus triftigem Grund	252
5.2.7.5.3	Beigeordneter Anwalt legt das Mandat nieder ..	252
5.2.7.6	Verkehrsanwalt oder Reisekosten?	253
5.2.7.7	Beiordnung des Hauptbevollmächtigten: Mit oder ohne Reisekosten?	254
5.2.7.7.1	Auslegung des uneingeschränkten Beiordnungsantrags	254
5.2.7.7.2	Wahl zwischen Reisekosten und Verkehrsanwalt	255
5.2.7.7.3	Erstattung der nicht Vkh-gestützten Reisekosten	255

5.2.7.7.4	Reisekosten und Stundensätze von Parteien und Zeugen	256
5.2.7.8	Mediation	256
5.2.7.9	Vkh für außergerichtliche Tätigkeiten	257
5.2.8	Vkh für Vkh-Prüfungsverfahren	257
5.2.9	Vkh für Zwangsvollstreckung	258
5.2.10	Vkh im Instanzenweg	259
5.2.10.1	Beschwerdeführer (incl. Wiedereinsetzungsproblema- tik)	259
5.2.10.2	Beschwerdegegner	262
5.2.10.3	Umfang der Kostenerstattung	262
5.2.10.4	Rechtsbeschwerde	263
5.2.11	Gebührenanspruch im Vkh-Prüfungsverfahren	263
5.2.12	Verjährung von Ansprüchen gegen die Landeskasse und umge- kehrt	263
5.2.13	Erneuter Vkh-Antrag	264
5.2.14	Beschwerde gegen Vkh-Versagung	264
5.2.15	Vkh für Tote	265
5.2.16	Nachträgliches Vkh-Überprüfungsverfahren	266
5.2.17	Raten und Regelgebühren	267
5.3	Beratungshilfe	267
5.3.1	Allgemeines	268
5.3.2	Erhöhungsgebühr	268
5.3.3	Was ist eine „Angelegenheit“?	269
5.3.3.1	„Trennung und Trennungsfolgen“	269
5.3.3.2	Explizite Aufzählung der Folgesachen im Schein	270
5.3.4	Vorrangige Beratung durch die Sozialverwaltung	272
5.3.5	Einzelfälle	272
5.3.6	Zuständigkeit	273
5.3.7	Rechtsmittel	273
5.3.7.1	Bewilligungsverfahren	273
5.3.7.2	Festsetzungsverfahren	273
5.4	Verfahrenskostenvorschuss	274
5.4.1	Vorschussanspruch gegen Ehepartner	274
5.4.1.1	Einzelheiten	275
5.4.1.2	Rückforderungsanspruch außerhalb von Kostengrund- entscheidungen	276
5.4.2	Vorschussanspruch des Kindes gegen die Eltern	277
5.4.3	Rückforderung von überzahltem VKV nach Kostenquotelung ..	278
5.5	Die gerichtliche Kostenentscheidung	279
5.5.1	Der Gerichtskostenvorschuss	279
5.5.2	Die Grundregel der Kostenverteilung	279
5.5.3	Ausnahmen in Scheidungs- und Kindschaftssachen	280
5.5.3.1	Der Unterlegene oder Besserverdienende zahlt	281
5.5.3.2	Kostenentscheidung in der Beschwerdeinstanz	281
5.5.4	Tod im Instanzenzug	282
5.5.4	Tod im Instanzenzug	282

Inhaltsverzeichnis

5.5.5	Einigung im Kosteninteresse	283
5.5.6	Kostenentscheidung im isolierten Verfahren	283
5.5.6.1	Anwaltskosten	283
5.5.6.2	Kostenbeschwerde	284
5.5.7	Gesplittete Kostenregelung	285
5.5.8	Umfang der Kostenerstattungspflicht	285
5.5.9	Verjährung von Kostenerstattungsansprüchen	287
5.5.10	Außerprozessuale Kostenerstattungsansprüche	287
5.6	Scheidungsverfahren mit nur einem Anwalt	288
5.7	Der Streitwert im Scheidungsverfahren	288
5.7.1	Hauptsache	288
5.7.1.1	Dreifaches Nettoeinkommen oder Mindeststreitwert? ..	289
5.7.1.2	Was ist Einkommen?	291
5.7.1.3	Die Rolle des Vermögens	292
5.7.2	Beschwerde	294
5.8	Streitwerte von Folgesachen und isolierten Familiensachen	294
5.8.1	Vorbemerkungen	294
5.8.2	Streitwerte (alphabetisiert)	294
5.9	Die Gebühren	306
5.9.1	Geschäftsgebühr	306
5.9.2	Verfahrensgebühr	307
5.9.3	Terminsgebühr	310
5.9.4	Einigungsgebühr	313
5.9.4.1	Grundsätzliches	313
5.9.4.2	Höhe der Gebühr	315
5.9.4.3	Spezialproblem Versorgungsausgleich	316
5.9.4.4	Einigungsgebühr ohne Terminswahrnehmung	316
5.10	Gebührenklagen	316
5.11	Vereinbarungen über die Kosten	317
Literaturverzeichnis		318
Stichwortverzeichnis		319